

Redebeitrag

Plenum, 29.04.2019

Dok. Nr. 295 Nr. 2 – Stellungnahme Ausschuss I zur Erklärung der Revision der Verfassung
-Es gilt das gesprochene Wort-

Meine Damen und Herren,

im vorliegenden Dokument heißt es, dass die vorliegende Stellungnahme sich ausschließlich auf die für den Ausbau des Autonomiestatuts der Deutschsprachigen Gemeinschaft relevanten Artikel der Verfassung bezieht.

Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang, dass die Artikel der Verfassung, welche den Senat wesentlich verschlanken könnten, von der Kammer aufgeführt, aber vom Senat abgelehnt wurden. Naja, wenn man einen Sumpf trockenlegen will, dann darf man nicht die Frösche fragen.

Die Steuergeldverschwendung der Versorgungsanstalt Senat geht also auch in der nächsten Legislaturperiode weiter.

Und noch bedauerlicher ist, dass weder die Kammer noch der Senat weitreichende Reformvorschläge wie das Referendum per Bürgerinitiative befürworten. So stand es zumindest in der Presse.

Zum Dokument:

Die in diesem Schreiben aufgeführten Artikel und die diesbezüglichen Erklärungen kann man durchaus unterstützen.

Es handelt sich um vier Artikel:

Die Möglichkeit, Volksbefragungen in der DG durchzuführen, jetzt bereits möglich für regionale Befugnisse.

Provinzfreie DG. Hierzu hatten wir vor 2 Jahren eine sehr fundierte und sachliche Resolution eingereicht, welche jedoch etwas weiter ging und deshalb von der Mehrheit abgelehnt wurde. Für uns sollten die Provinzen in ganz Belgien aufgelöst werden.

Eine unabhängige Sprachgruppe in der Abgeordnetenkammer für deutschsprachige Abgeordnete.

Und eine gesetzliche Vertretung in der Kammer.

Diese Überlegungen sind durchaus nicht falsch.

Nur, und deshalb haben wir dieses Dokument auch nicht mit eingereicht, verweist man u.a. auf die damalige Resolution aus dem Jahre 2011. Sie erinnern sich, alle Zuständigkeiten übernehmen, wenn das Geld dabei mit fließt. Eine eigenständige Region.

Und bei den Gesprächen im Ausschuss wurde dies auch hervorgehoben.

Und Herr Lambertz hatte dies, wie man lesen kann, am Freitag in Brüssel nochmals betont.

Und hier geht es um etwas Grundsätzliches, was nicht unerwähnt bleiben darf.

Kollegen und Kolleginnen,

sind das die brennendsten Themen der Bevölkerung?

Ich frage Sie, sind das die Probleme der Menschen da draußen?

Der weitere Ausbau der Autonomie.

Für manche Kollegen ja, dann kann man sich noch wichtiger machen.

Vielleicht auch für einige Bürger.

Aber viele sehen dies anders.

Den Menschen ist es egal, wer für was zuständig ist. Hauptsache es wird vernünftig gemacht und man geht sorgsam mit seinen Steuergeldern um. Aber das tut man nicht, weder hier, noch in Namur noch in Brüssel. Die Parteien, welche seit Jahrzehnten an der Regierung sind, haben einen Schuldenberg für Belgien von 450 Milliarden Euro aufgehäuft. Und alleine dieses Jahr fehlen dem Föderalstaat mehr als 8,5 Milliarden.

Die Renten sind nicht gesichert, die föderalen und regionalen Infrastrukturen sind in einem schlechten bis maroden Zustand, und hier im Hause will man noch mehr Bürokratie, noch mehr Verwaltung, was mit noch mehr Kosten für die Allgemeinheit verbunden ist. Denn einer muss es bezahlen.

Nein, meine Damen und Herren, wir müssen endlich auf allen politischen Ebenen sparen.

Auf allen politischen Ebenen.

Fraktion im PDG V.o.G.

Und wir haben einen stabilen Autonomiestatus.

Wir haben eine geregelte und enorme Finanzierung seitens des Föderalstaates. Auch wenn hier Vorsicht geboten ist, denn in Brüssel sieht es zurzeit nicht besonders rosig aus.

Aber die deutschsprachigen Belgier wurden nicht vergessen.

Und wenn man vernünftig mit den Geldern umgehen würde, meine Damen und Herren hier im Hause, und umgegangen wäre, dann hätten wir keine 400 Millionen Euro Schulden. Diese Gelder sind bekanntlich nicht nur für Sanierung von Schulen oder anderen sozialen Einrichtungen gebraucht worden.

Auch sollte man in diesem Zusammenhang erwähnen, dass die Finanzierung der Gemeinschaft, wie sie heute funktioniert, weitaus sicherer ist, als wenn wir eine eigenständige Region wären, welche sich überwiegend aus dem Steueraufkommen hier vor Ort finanzieren muss. Auch wenn dies jetzt nicht Bestandteil des Dokumentes ist, so verweist man doch auf die damalige Resolution aus dem Jahre 2011.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang an etwas erinnern.

Eine geregelte Dotation, so wie wir sie erhalten, so wie die DG sie erhält, ist eigentlich besser als eine Finanzierung über ein Regionalprinzip, welches sich auf das Steueraufkommen basiert. Das sehen nicht nur wir so, das sehen auch belgische Professoren ähnlich. Auch aufgrund der zahlreichen Grenzgänger, welche ihre Steuern im Ausland bezahlen. Da ändern auch die Studien nichts, welche das Parlament in Auftrag gegeben hat, welche seitens verschiedener Universitäten durchgeführt wurden und uns im Ausschuss vorgestellt wurden. Das war sehr interessant.

Ja, diese Studien ergeben ein klareres Bild, und man kann in etwa erkennen, auf was man sich da einlässt. Nur vom Prinzip her ändert das nichts.

Ich glaube es wäre klüger, nicht so viel darin zu rühren. Denn so wie es heute aussieht, ist das, was man hat, sicherer als das waghalsige Projekt einer eigenständigen Region. Vorsicht ist hier geboten und leise Töne sind oft effektiver als eine Forderung, mit Sprüchen wie bereit, gewillt und in der Lage man wäre.

Ja, wir müssen uns mit der Wallonie in einigen Punkten einigen.

Aber alles selber machen?

Wer soll das bezahlen?

Ein ostbelgischer Unternehmer hat einmal in einem Interview gesagt:

Fraktion im PDG V.o.G.

„Der Ostbelgier zeichnet sich durch Bescheidenheit aus.“

Ja, manche schon.

Nur die Mehrheit hier im Hause und insbesondere die Regierung sicherlich nicht. Bescheidenheit ist in der Gospertstraße ein Fremdwort.

Und maßhalten wäre angesagt.

Und ich möchte in diesem Zusammenhang einen weiteren Punkt aufgreifen:

Ein Bekannter sprach mich vor kurzem auf unsere Autonomie an. Er sagte:

„Michael, also ich weiß nicht so Recht, mit diesen ganzen Forderungen nach mehr Autonomie, isolieren wir uns nicht dadurch? Werden hierdurch nicht neue Grenze zum Inland hin geschaffen? Ein Beispiel, als Jugendlischer hatten wir regen Kontakt zur Wallonie. Wir fuhrten oft nach Malmedy, Beho oder Weismes und feierten gemeinsam mit unseren wallonischen Freunden, welche ebenfalls zu uns kamen. Wenn ich heute mit den Jugendlischen spreche, dann wollen die gar nichts davon hören. Nein, in die Wallonie gehen wir nicht raus, was sollen wir denn da?“

Bestätigt wird diese Meinung durch die Aussage von Gemeinderatsvertretern aus den angrenzenden wallonischen Nachbargemeinden.

Auch der mittlerweile politische genutzte Begriff „Ostbelgien“, eigentlich als Standortmarke angedacht, wirft hier Fragen auf.

Oft habe ich dies hier thematisiert und auch Fragen dazu eingereicht.

Auffallend war, dass zum 100. Jahrestag des Versailler Vertrages Anfang des Jahres, als sogar der König hier im Hause präsent war, nur ein einfaches Gemeinderatsmitglied aus Malmedy anwesend war. Die Gemeinde Weismes hat gar keinen Vertreter gesandt. Ich hatte hierzu nachgefragt, sie waren alle eingeladen, konnten aber aus terminlichen Gründen nicht kommen. Trotzdem ist das seltsam, denn wenn es ihnen am Herzen gelegen hätte, dann hätten sie jemanden gesandt. Aber es scheint ihnen nicht am Herzen gelegen zu haben.

Ich habe an dem Abend mit dem Kollegen aus Malmedy gesprochen, welcher als einziger wallonischer Gemeinderatsvertreter anwesend war. Und er empfand dies teilweise schon befremdlich, dass der Begriff Ostbelgien, und so empfand er es, nicht als Standortmarke für Tourismus, Wirtschaft usw., sondern erkennbar politisch benutzt wird.

Fraktion im PDG V.o.G.

Meine Damen und Herren, ist das der richtige Weg?

Gesundes Selbstvertrauen ist eine Sache. Ja, das sollten wir haben, aber den geographischen Begriff Ostbelgien politisch zu missbrauchen, ist etwas anderes.

Wir sind die Deutschsprachige Gemeinschaft. Und Ostbelgien ist größer als die DG.

Malmedy und Waismes sind auch 1920 belgisch geworden. Hätte man nicht koordiniert, an drei verschiedenen Stellen, diesem Ereignis gedenken sollen, gemeinsam und zusammen?

Meine Damen und Herren,

ich glaube, wir sollten vorsichtig sein. Belgien zeichnet sich durch seine Vielfalt und verschiedene Kulturen aus. Ja, vieles was die Wallonische Region so macht, läuft nicht richtig. Aber alles selber und alles besser machen, das ist eine andere Sache.

Wir sollten vorsichtig sein und mit Bedacht und Vernunft an die Sache herangehen. Es gibt viel zu tun, aber in anderen Bereichen als dem weiteren Ausbau der Autonomie.

Und das sollten wir anpacken.

Und dazu sind wir bereit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Michael Balter

Vivant-Fraktion im PDG